



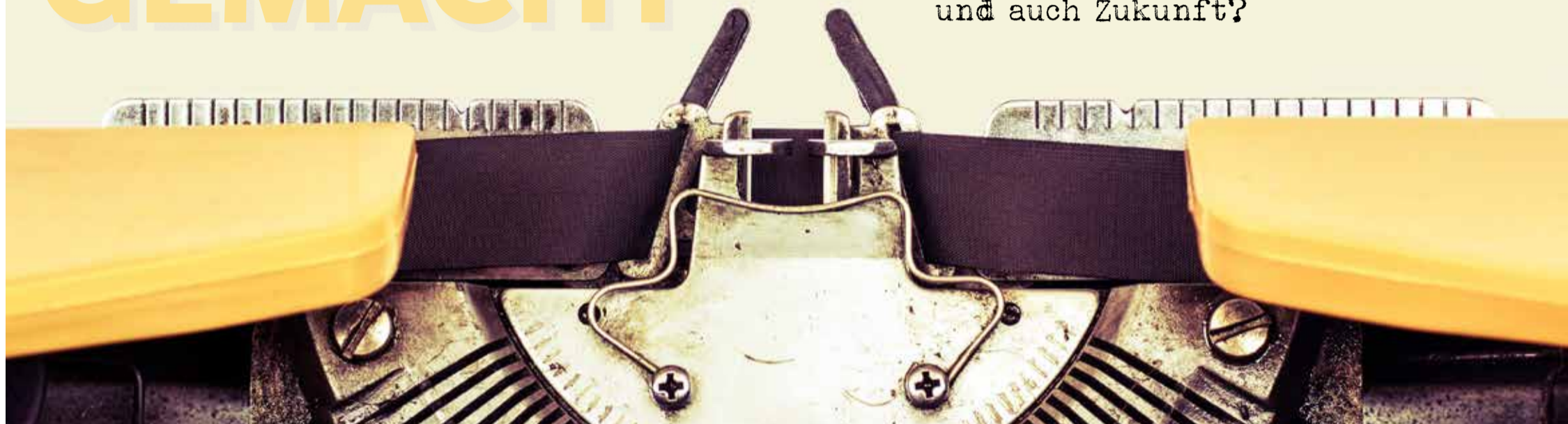
Gute Presse

Die Freiheit der Presse ist eine große demokratische Errungenschaft, deren Wert viele Deutsche, aber längst nicht alle zu schätzen wissen. Noch können Journalisten in Deutschland unbehelligt recherchieren, analysieren, berichten und Fehlverhalten aufdecken. Aber unabhängiger Journalismus gefällt nicht allen. Die Arbeit von engagierten Reportern kann dazu führen, dass Politiker stürzen; sie können auch andere Mächte und deren Handlungen ins Licht setzen, die lieber im Dunkeln bleiben. Deshalb sind Reporter immer wieder Ziel von Einschüchterungsversuchen, sie werden angegriffen, inhaftiert und ermordet.

Guter Journalismus setzt unabhängige Reporter voraus, aber auch verantwortungsbewusste, die möglichst frei von Eitelkeit und Gefallsucht sind und es sich verkneifen können, Fakten zugunsten der eigenen Gesinnung zu beugen.

Guter Journalismus muss alle Seiten einer Medaille darstellen, verschiedene Stimmen hören

GESCHICHTE WIRD GEMACHT



Deutsche und Russen, das ist Krieg und Frieden, Faszination und Fremdheit, intellektueller Glanz und engstirnige Mutlosigkeit, bedeutungsschwere Vergangenheit – und auch Zukunft?

Peter Koepf, Chefredakteur



und gelten lassen und die Wirklichkeit aus allen Blickwinkeln betrachten; es gibt nie die eine Wahrheit.

Richtig verstandener Journalismus steht auf der Seite der Menschen, nicht der Macht.

Es ist nicht Aufgabe der Medien, die Scheinwerfer auf die Mächtigen, Einflussreichen zu werfen, damit diese glänzen. In einer Demokratie verstehen sich die Medienmacher nicht als Hofberichterstatler, sondern als Kontrollinstanz. Und so versteht es auch das Publikum. Deshalb muss eine Zeitung, die glaubwürdig sein will, sich gegen unlautere Einflussnahme der Mächtigen behaupten und schützen.

In Deutschland sind Zeitungen weder Eigentum des Staats noch Teil von Wirtschaftsimperien. Wem eine Zeitung gehört, weist das Impressum aus. Verleger, Herausgeber und Redaktion dieser ungewöhnlichen deutsch-russischen Zeitung stehen für guten Journalismus – für Wahrheit, Überparteilichkeit, Unabhängigkeit.

Wer den Dialog predigt, muss auch Stimmen Raum geben, die der eigenen Meinung entgegenstehen. In diesem Sinne findet sich in dieser Ausgabe eine Debatte über die Einschränkungen der russischen Sprache in der Ukraine, ein Bericht über die beispielhafte Solidaritätsaktion russischer Medien für bedrohte Kollegen, die Erörterung der Bedeutung des Falls Relotius aus russischer Sicht und eine eigenwillige Antwort auf die Frage, wer einer Wiedervereinigung Moldaus mit Transnistrien im Weg steht. Und in der nächsten Ausgabe könnte es Antworten darauf geben. So geht Dialog.

Dialog von Introvertierten

Politiker in Russland und in der EU werden einer Zivilgesellschaft neuen Typs Gehör schenken müssen

VON FJODOR LUKJANOW

Vor zehn Jahren, im Herbst 2009, hatte die Beziehung zwischen Russland und der Europäischen Union (EU) eine Perspektive. Präsident Dmitri Medwedew hatte gerade seinen Artikel „Russland, vorwärts!“ veröffentlicht. Er enthielt eine weitreichende Kritik am Zustand des Landes und den Aufruf zur Modernisierung und wurde allseits diskutiert. Ein Jahr nach dem Konflikt in Süd-Osetien war es zu einer grundlegenden Entspannung der Lage gekommen, der amerikanische Begriff des Relaunchs – oder Neustarts – ließ auf eine neue Etappe der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen hoffen.

Die EU zeigte ebenfalls freudige Erwartung. Die Krise im Zusammenhang mit dem vier Jahre zurückliegenden Scheitern der Verfassung für Europa war überwunden, die Unterzeichnung einer abge-speckten Version in Gestalt des Lissabon-Vertrags wurde vorbereitet.

Kurz gesagt, der Himmel hellte sich auf.

Ich erwartete große Veränderungen und sagte damals in einem Seminar über die Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union in Berlin, es sei unmöglich, die Zukunft vorherzusagen. Es sei unklar, wie es um alle Akteure einschließlich der EU nach fünf Jahren stehen werde. Meine Zuhörer, hochrangige und kompetente Vertreter der politischen und intellektuellen Elite, begannen zu lachen und gaben zu verstehen, was sie meinten: Das ist bei euch in Russland so, dass nie etwas klar ist, in der EU dagegen lässt sich alles ziemlich exakt vorhersagen. In fünf Jahren, in zehn Jahren werde alles genau so sein, nur besser.

Einige Monate danach begann für die EU eine lange Zeit der Krisen: Auf die Schuldenkrise folgten die Migrationswelle, der Ukraine-Konflikt, das Referendum in Großbritannien und die rasante Erosion der politischen Kräftekonstellation in den führenden EU-Staaten bei gleichzeitigen unerwarteten Manövern des transatlantischen Schutzpatrons. Die schnelle Aufeinanderfolge der Ereignisse zeigte eindeutig, dass es sich nicht um ein zufälliges Versagen, sondern um ein systemisches Problem handelt.

Auch Russland hat seitdem seinen Ruf als Land der ständigen „kreativen Unruhe“ bestätigt. Die politischen Erwartungen der „Ära der Modernisierung“ wurden von einer anderen Wirklichkeit abgelöst, und die Ukraine-Krise wurde zu ihrem Katalysator, aber sie war nicht die Ursache. Der harte Konflikt mit dem Westen erwies sich als Kulminationspunkt seit langem reifender konzeptioneller Gegensätze, die schon mit dem Ende des Kalten Kriegs angelegt worden waren.

Gegenwärtig dominiert in den Beziehungen zwischen Russland und der EU die Wachsamkeit. Das ist zugleich schlecht und gut. Schlecht deshalb, weil das Vertrauen in der zurückliegenden Zeit stark erschüttert wurde, vor allem infolge der enttäuschten

Gegenwärtig dominiert in den Beziehungen zwischen Russland und der EU die Wachsamkeit

Erwartungen. Gut deshalb, weil eben diese unerfüllten Erwartungen zu einer spürbaren Ernüchterung geführt haben, und die Seiten nunmehr wesentlich besser verstehen, was möglich ist und was Fantasien sind.

Die vor 30 Jahren proklamierte Ära der Errichtung eines „gesamteuropäischen Hauses“ ist endgültig abgeschlossen, was jedoch nicht bedeutet, dass diese Baustelle jetzt dem Unkraut preisgegeben ist. Wie sich das Geschehen in der Welt auch entwickeln mag, das Wechselwirken im Rahmen des geografischen Europas wird und muss weitergehen.

Konnte man vor zehn Jahren die Veränderungen anhand von Empfindungen und Vorahnungen prognostizieren, so sind sie nunmehr durch sichtbare Prämissen determiniert. Die europäische Integration nach dem Modell der diesbezüglich erfolgreichen zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und des „Upgrades“ nach dem Kalten Krieg funktionierte nicht mehr.

Dafür gibt es viele Gründe, vor allem die tiefgreifenden Veränderungen des internationalen Kontexts. Über einen

weiteren Umstand wird zwar viel geredet, aber es gibt noch keine Antwort. Es geht um die Demokratie und den Entscheidungsprozess.

Es ist kein Geheimnis, dass die zu Beginn der 1950er-Jahre in Gang gesetzte europäische Integration kein wirklich demokratischer Prozess war. Das ist auch nicht verwunderlich. Es ist nicht vorstellbar, dass die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, also der Zusammenschluss der Aufsicht über strategische Industrien Frankreichs und Deutschlands, zustande gekommen wäre, wenn man diese Idee 1951, also sechs Jahre nach der blutigsten Auseinandersetzung in der Geschichte der Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten, in einem Referendum zur Abstimmung gestellt hätte.

Bis zum Ende des 20. Jahrhunderts blieb der Integrationsprozess eine höchst elitäre Angelegenheit, die Entscheidungen wurden von den politischen und wirtschaftlichen Spitzen auf der Grundlage kalkulierter Interessen und Expertenmeinungen getroffen. Die wichtigste Voraussetzung bestand jedoch darin, dass sie es stets vermochten, dem einfachen Europäer nahezubringen, dass diese oder jene Entscheidung für ihn persönlich vorteilhaft sei.

Im 21. Jahrhundert hat sich diese Situation verändert. Die zunehmend komplizierte Integration in einer gewachsenen EU machte es fast unmöglich, den Sinn der immer ausgeklügelteren rechtlichen und bürokratischen Festlegungen verständlich darzulegen, die für die Verwaltung und Entwicklung der EU notwendig waren. Der letzte verständliche Schritt war wohl die Einführung der einheitlichen Währung, des Euro.

Später ging es dann um völlig verworrene Themen. Den 800-seitigen Wortlaut der Europäischen Verfassung, eines komplizierten juristischen Dokuments, konnte fast niemand von jenen erfassen, die darüber abstimmen sollten. Das gilt auch für andere Angelegenheiten, sowohl praktischer als auch abstrakter, wertbezogener Natur, die nach Auffassung der politischen Klasse notwendig sind,

Falsche Liebe

Weshalb Ost- und Westdeutsche die Russlandpolitik so unterschiedlich beurteilen

VON STEFAN LOCKE

Die deutsche Einheit ist seit fast 30 Jahren Wirklichkeit, doch die innere Einheit lässt auf sich warten: Statistiken zu Bevölkerung, Demographie und Wirtschaft weisen große Unterschiede zwischen den Gebieten der einstigen Bundesrepublik und der DDR aus, die stets aufs Neue die Frage aufwerfen: Wie lange noch benötigt der Osten bis zur Angleichung an das Westniveau?

Damit ist klar, dass der Westen als Normalfall betrachtet wird, an den der Osten sich anpassen müsse, wozu er zumindest in den genannten Kategorien durchaus auch bereit ist. Komplizierter ist es jedoch mit der Anpassung von Ansichten und Erfahrungen, die nach der 40 Jahre währenden Teilung Deutschlands nicht nur in zwei Länder, sondern in zwei völlig verschiedene Gesellschaftssysteme, zwangsläufig unterschiedlich sein müssen.

Immer wieder für heftige Kontroversen sorgt dabei das Verhältnis der Deutschen zu Russland. Das war erst jüngst zu erleben, als Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer beim Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg für ein baldiges Ende der EU-Sanktionen gegen Russland plädierte und den russischen Präsidenten Wladimir Putin nach Dresden einlud. Während der Vorstoß im Westen Deutschlands überwiegend skeptisch kommentiert wurde, war im Osten lautstarke Zustimmung zu hören.

Zuzustimmen ist Kretschmer auch in seiner nüchternen Feststellung, in Ostdeutschland gebe es eine eigene Meinung zu dem Thema. Das weiß er so genau, weil die deutsch-russischen Beziehungen bei nahezu jedem seiner Bürgergespräche angesprochen werden. Es sind vor allem ältere Menschen in Ostdeutschland, die auf die Russlandpolitik der Bundesregierung und des Westens mit Ablehnung und Unverständnis reagieren.

Das alles sieht jedoch einhelliger aus, als es ist. Tatsächlich haben viele Ostdeutsche ein ziemlich ambivalentes Verhältnis zu Russland – wie im Übrigen auch zu den USA. Die Älteren im Osten haben „die Russen“ als Befreier und Besatzer kennengelernt. Vierzig Jahre lang waren eine halbe Million Sowjetsoldaten auf dem Gebiet der DDR stationiert. Das eher kleine Ostdeutschland hatte

nicht nur die kompletten Reparationen für die Kriegsverheerungen (Gesamt-)Deutschlands in der Sowjetunion zu leisten – meist als Demontagen von Betrieben und Infrastruktur wie Bahngleisen –, sondern musste bis 1989 auch für Unterkunft, Verpflegung und Gehälter der Besatzungsarmee aufkommen.

Die SED-Führung war eine Marionette Moskaus und für die DDR-Bevölkerung die Mitgliedschaft in der Deutsch-Sowjetischen-Freundschaft (DSF) genauso obligatorisch wie der Russischunterricht in der Schule, den viele als lästige Pflicht empfanden. Begegnungen mit Sowjetsoldaten gab es fast nur im offiziellen Rahmen, private Kontakte waren meist verboten. Angesichts dieses Erlebens war es mit der Russland-Liebe zu DDR-Zeiten nicht weit her. Im Gegenteil: Als die Truppen 1994 auch aus Dresden abzogen, sprach der damalige Oberbürgermeister Herbert Wagner offiziell von einem Abschied, „der uns nicht mit Trauer erfüllt“.

Andererseits haben persönliche Begegnungen ein differenziertes Bild vermittelt, am intensivsten bei den Ostdeutschen, die in der Sowjetunion studieren durften oder eine der begehrten Reisen in das Riesenreich machen konnten. Wer jemals in Russland oder den einstigen Sowjetrepubliken unterwegs war, kann bestätigen, wie freundlich, wissbegierig und herzlich die Reisenden von den Menschen aufgenommen wurden.

Diese Erlebnisse dürften jenen der Westdeutschen ähneln, die in den USA zur Schule gingen, studierten oder Urlaub machten. Solche Erfahrungen prägen das Verhältnis zu einem Land und seinen Menschen, und sie sind gerade bei den älteren Deutschen in Ost und West zwangsläufig sehr verschieden.

Anders als im Westen, wo das Feindbild Russland jahrzehntelang so intensiv gepflegt wurde wie im Osten das der USA, ist die Angst vor „den Russen“ bei den Menschen im Osten nicht sonderlich ausgeprägt, während sich Amerikanern gegenüber bis heute eine gewisse Skepsis hält. Für Westdeutschland wiederum gilt der umgekehrte Befund.

Grundlage der gegenwärtigen Zuwendung zu Russland im Osten ist je dem Gebiet der DDR stationiert. Das eher kleine Ostdeutschland hatte

#10

IN DIESER AUSGABE:

Die Ehrung eines Mannes aus Moskau, der die Welt rettete (S. 7)

Die Erinnerungen eines Wachsoldaten an einen Kriegsverbrecher (S. 14)

Die Geschichte der verhängnisvollen Lehrjahre der deutschen Kommunisten im Hotel Lux (S. 16)



Die russische Ausgabe des Petersburger Dialogs liegt der Tageszeitung Kommersant bei.